

RUND UM DEN ROLAND

SPD-INFORMATION FÜR BAD BRAMSTEDT

Nummer 3/88

Herausgegeben vom SPD-Ortsverein Bad Bramstedt

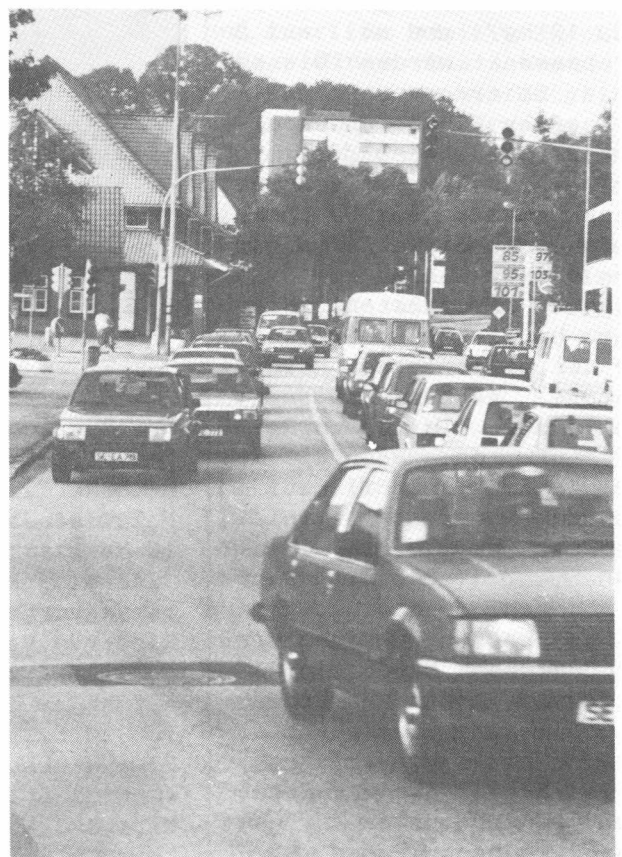
14. Jahrgang

Wie kann die Innenstadt vom Straßenverkehr entlastet werden?

Nach der Veränderung der Ampelschaltung hat sich, darüber sind sich viele einig, der fließende Verkehr auf der B 206/B 4 verbessert. Die Anzahl der Fahrzeuge, die nach Bad Bramstedt rein- bzw. durchfahren ist aber nicht geringer geworden. Nach den Beobachtungen der SPD ist der überwiegende Durchgangsverkehr auf der B 206 (Dahlkamp, Maienbeeck, Kirchenbleeck, Butendoor, zur Autobahn und umgekehrt). Die SPD-Stadtverordneten, Arnold Helmcke und Uwe Neumann, legten deshalb der außerordentlichen Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins einen Antrag vor, in dem sie innerörtliche Verkehrsmaßnahmen und eine Aussage zur Umgehungsstraße forderten. Die Mitglieder des SPD-Ortsvereins beschlossen, daß der Bau einer weitläufigen/ortsfernen Umgehungsstraße für die B 206 weiter verfolgt werden kann und innerörtliche Maßnahmen in Angriff genommen werden sollen.

Helmcke und Neumann schlagen in ihrem Katalog unter anderem vor: Eine zweite Auenüberquerung zwischen Landweg und Lohstücker Weg; Veränderung der Vorfahrtsregelung und der Einmündung an der Kreuzung B 4/Kieler Berg/Tegelbarg und Einbahnstraßenregelung für den Kieler Berg bis zur Einmündung Raaberg (Fahrtrichtung vom Landweg bis zum Raaberg); Verringerung der Parkplätze auf dem Kirchenbleeck und im Maienbeeck, nachdem der Ausweichparkplatz hinter der „Alten Schule“ fertiggestellt ist; Ausbau der Oskar-Alexander-Straße und weitere 30 km/h-Zonen in Wohngebieten.

Diese Maßnahmen müssen immer im Zusammenhang mit dem Bau der weitläufigen/ortsfernen Umgehungsstraße gesehen werden. Die SPD-Stadtverordneten Helmcke und Neumann sind der Auffassung, daß durch diesen Bau auch die Wohngebiete in der Gemeinde Hitzhusen und in dem Bereich Glückstädter Straße, Schillerstraße, Bissenmoorweg, Sommerland entlastet werden. Für die Gewerbegebiete Tegelbarg und Achtern Dieck könnte eine Anbindung an die Umgehungsstraße erfolgen, so daß das Nadelöhr Beeckerbrücke vom Schwerlastverkehr ebenfalls entla-



stet wird. Zur weiteren Entlastung der einzigen Auenüberquerung ist unbedingt eine Verbindungsstraße zwischen Landweg und Lohstücker Weg erforderlich. Damit diese Straße nicht als Schleichweg benutzt wird und den Verkehr in andere Bereiche zieht, ist eine Überplanung und Veränderung der Verkehrsführung für den Kieler Berg notwendig. Die SPD-Fraktion hat diese Punkte in den Ausschußberatungen zur Sprache gebracht und wird auch im nächsten Jahr ihre Ziele verfolgen. Sie wird auch ihre Möglichkeiten ausnutzen, damit die Diskussion über den Trassenverlauf der Umgehungsstraße so schnell wie möglich fortgesetzt werden kann und zum Abschluß kommt.



Als einen ihrer ersten Beschlüsse verabschiedete die neue SPD-Landesregierung ein Sofortprogramm in Sachen Umweltschutz: allen 17 Großkläranlagen in Schleswig-Holstein wurde eine zusätzliche Klärstufe zur Phosphorelimination verordnet.

Auch die Kläranlage der Stadt Bad Bramstedt fällt unter dieses Programm. Der Phosphorgehalt beträgt zur Zeit im Ablauf der Kläranlage bis zu 12 mg/l und soll auf 2 mg/l abgesenkt werden. Dieses ist ein Beitrag zur Reinhaltung unserer Flüsse und somit auch der Nordsee. Aber mit dieser Ausbaustufe allein ist es nicht getan. Die SPD-Fraktion fordert desweiteren, um innerhalb der Kläranlage eine sogenannte Prozeßstabilisierung zu erreichen, die Erweiterung der biologischen Reinigungsstufe, Ausbau der Nachklärung, sowie als dritte Reinigungsstufe die Nachfällung als Flotation und Filtration als Rest-Phosphat-Eliminierung. Erst wenn alle diese Baumaßnahmen (etwa im Jahr 1995) abgeschlossen sind, kann davon gesprochen werden, wir in Bad Bramstedt haben ein dem Umweltschutz entsprechendes, technisch gut ausgerüstetes Abwasser-Reinigungsverfahren. Daß die Bürger unserer Stadt mit Gebührenerhöhungen für das Abwasser rechnen müssen, wird jeder einsehen. Umweltschutz zum Nulltarif gibt es nun einmal nicht. Die SPD-Stadtverordnetenfraktion wird in jedem Fall darauf achten, daß das Verursacherprinzip als Berechnungsgrundlage bei einer etwaigen Erhöhung des Abwasserpreises gilt.

Die SPD-Fraktion hat für Einsparmaßnahmen im Bereich der Kläranlage den Bau einer Wasserselbstversorgungsanlage, sowie den Anschluß der Feuerwehrwache an die Klärgasversorgung den städtischen Gremien vorgeschlagen.

WIR STELLEN VOR...

... unter dieser Rubrik möchten wir Ihnen in jedem Rund um den Roland ein Mitglied der SPD - Fraktion näher vorstellen.

Heute: Arnold Helmcke



Arnold Helmcke (rechts) beim Treffen mit dem Bürgermeister von Bremen.

Der Stadtverordnete Arnold Helmcke ist seit 1974 aktives Mitglied in der SPD und in der IG Metall.

Arnold Helmcke ist 47 Jahre als, verheiratet und hat 3 Kinder. Von Beruf ist er Kundendienst-Leiter in einem Autohaus. Der Stadtverordnete ist Mitglied im Bauausschuß, Finanzausschuß, Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr und im Nachbarschaftsausschuß. Seine kommunalpolitischen Ziele sind:

- Umsetzung des Rahmenplanes und die Verkehrsberuhigung in der Innenstadt mit Herstellung von sicheren Radwegen und Straßen.
- Erhalt des alten Stadtkerns.
- Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Schaffung von Gewerbeflächen und Ansiedlung von umweltfreundlichem Gewerbe.

- Ausbau des Kur- und Fremdenverkehrs durch Ansiedlung neuer Kurkliniken.

Der Stadtverordnete Arnold Helmcke weiß, daß diese Zusage ihre Zeit dauert, aber er wird zum Wohle der Stadt Ihre Interessen, liebe Bürger und Bürgerinnen, durch aktive Mitarbeit in den Ausschüssen unterstützen.



Krankenhaus Bad Bramstedt: Was wird daraus werden?

Anlässlich seines Besuchs in Bad Bramstedt am 11. August 1988 hat der Schleswig-Holsteinische Justizminister Klinger das Interesse der SPD-Landesregierung betont, im Falle der Schließung des hiesigen Krankenhauses das Grundstück als Standort für ein neues Amtsgericht zu nutzen.

Bereits am 20. Februar 1988 hatte Bürgermeister Gandecke auf Anfrage der SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt, daß das Landesjustizministerium – der damaligen CDU-Regierung – auf dem Krankenhausgelände ein neues Gerichtsgebäude zu errichten wünsche.

Bei der Feier zur Übergabe des Amtsgerichtsumbaus wiesen die Redner darauf hin, daß die Sanierung einen Neubau nicht verhindern dürfe. In dem Zusammenhang versprach Bürgermeister Gandecke, daß es für die Aufnahme von Verhandlungen nicht erst Spätherbst werden dürfe.

Der SPD-Ortsverein fragt sich vor diesem Hintergrund, wie lange noch die Bürgerinnen und Bürger im unklaren darüber gelassen werden, was mit dem Krankenhausgebäude und -gelände geschehen soll. Die Fraktionen von CDU und F.D.P. halten sich der Öffentlichkeit gegenüber in dieser für die Stadt wichtigen Fachfrage bedeckt. Die SPD Bad Bramstedts meint, daß die Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt ein Anrecht darauf haben zu erfahren, welche Haltung CDU und F.D.P. zum geplanten Abriß des Gebäudes zum Neubau im Schlüskamp einnehmen.

Bei einer von der CDU veranstalteten Anhörung zu dem Bauzustand der Baumaßnahme der Firma Thomsen im Schlüskamp haben die Anwohnerinnen und Anwohner auf die Frage von Herrn Bornhöft, wie der Schlüskamp zukünftig fortentwickelt werden solle, geantwortet, daß der jetzige Charakter einer innerstädtischen Wohnstraße

beibehalten werden müsse. Dieses ist nach Auffassung des SPD-Ortsvereins bei einem Neubau eines um viele Funktionen erweiterten Amtsgerichts aber nicht möglich.

Die SPD ist der Meinung, daß das Gebäude des Krankenhauses nicht abgerissen werden darf, sondern umgebaut werden muß, und zwar für soziale Zwecke.

Bei einer Besichtigung der Krankenhauses haben Mitglieder der SPD sich überzeugen können, daß das Gebäude erhaltenswert ist. Es sollte unbedingt – wie bisher – für soziale Anliegen genutzt werden, meinte der Vorsitzende des »Arbeitskreis Soziales« der SPD Bad Bramstedt, Volker Klick.

Gespräche mit Vertreterinnen und Vertreter vom »Haus der Sozialen Dienste« haben die SPD in ihrem Vorhaben bestätigt, Jugendrotkreuz und Kinderschutzbund aus dem durch Raumnot gekennzeichneten Gebäude in der Altonaer Straße herauszuziehen und im Krankenhausgebäude unterzubringen. Zusätzlich sollten in einem erweiterten »Haus der Sozialen Dienste« Beratungsmöglichkeiten angeboten werden und vor allem auch Einrichtungen zur Kurzzeitpflege für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Die SPD-Bad Bramstedt fordert die anderen Parteien und den Bürgermeister auf, die Bevölkerung dieser Stadt nicht mehr hinzuhalten. Die SPD fordert, daß die Karten offengelegt werden!

Oder müssen die Bürgerinnen und Bürger damit rechnen, vom Bürgermeister und der hiesigen Mehrheitsfraktion schließlich vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden?



Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen (AGS) gründeten sich auf Kreisebene in Bad Bramstedt

Der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Franz Froschmaier (SPD) war Gast bei der Vollversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD, deren Kreisverband bei der Veranstaltung am 21.11.1988 in Bad Bramstedt gegründet wurde. Froschmaier referierte über die Wirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein und stellte deren programmatische Schwerpunkte vor: Den Ausbau des Fremdenverkehrs. Auch im Landesinneren müßte mehr für die Förderung und Erschließung von Urlaubs- und Erholungsorten getan werden. Hierdurch sollen schwache Strukturen gestärkt und dem zunehmenden Ansteigen der Freizeit Rechnung getragen werden. Bei der Strukturförderung dürfen die Fehler der vergangenen CDU-Regierung nicht wiederholt werden und die Förderungen daher nicht nach dem Gießkannenprinzip durchgeführt und der Mitnahmeeffekt ausgeschlossen werden.

Um Arbeitsplätze zu erhalten, müßten Werftstandorte und die Westküste speziell unterstützt werden. Auch bei positiver Konjunktur liegt die Arbeitslosenquote hier noch weit über der des Bundesdurchschnittes.

Aus dem Programm der SPD-Landesregierung »Arbeit und Umwelt« verspricht sich der Minister besondere Impulse für die Wirtschaft, speziell im Abfall- und Energiebereich. In

diesem Zusammenhang mußte das Umwelt-Ministerium neu geschaffen werden.

Mit Blick nach vorn sollte Schleswig-Holstein besonderen Wert auf die Ansiedlung von zukunftsorientierten Branchen legen und dafür Sorge tragen, daß qualifizierte technische und wissenschaftliche Ausbildung möglich ist. »Es ist ein Unding«, sagte der Minister, »daß unsere Studenten z.B. in Hannover studieren müssen und dadurch häufig für unser Land verloren gehen, weil gute Leute bereits dort von Firmen angeworben werden.«

Das Schleswig-Holsteinische Gesamtverkehrskonzept soll auf der Nordischen Verkehrskonferenz neu aufgearbeitet und besonders mit Hamburg besser abgestimmt werden, wobei auch der Transitverkehr Europas berücksichtigt werden muß.

Anerkennend hob der Minister hervor, da 80% aller Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein von Handwerks-, Klein- und Mittelstandsbetrieben gestellt werden, denen er seine Unterstützung zusagte.

Für die AGS erklärte der Landesvorsitzende Klaus Dieter Müller, daß in Schleswig-Holstein noch viel ungenutztes Potential, Anpassungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft vorhanden ist, daß es aber den Betrieben durch die ständig steigenden Lohnnebenkosten (70-80%) nicht leicht gemacht wird, am Markt weiterhin zu bestehen und zusätzliche

Arbeitsplätze zu schaffen.

Zur AGS selbst berichtete Müller, daß sie eine der großen Arbeitsgemeinschaften in der SPD sei und 1953 in Essen gegründet wurde. Sie umfaßt zur Zeit 40.000 Mitglieder. Damit ist die SPD auch die größte Mittelstandspartei.

Ein wichtiger Höhepunkt des Abends war die Gründung des Kreisverbandes Segeberg der AGS. In den Vorstand wurden gewählt: Als 1. Vorsitzender der Malermeister Gerhard Winter aus Bad Bramstedt; 2. Vorsitzende die Meistersfrau Dörthe Jakubzik (Kfz.-Rep. Bad Bramstedt) und als Schriftführer und Pressewart der Versicherungskaufmann Gerold Möhle, ebenfalls aus Bad Bramstedt.

»Der Status der Selbständigkeit gibt uns die besondere Möglichkeit, sozialdemokratische Ideen auch außerhalb des Gewerkschaftshorizontes umzusetzen«, erklärte Dörthe Jakubzik und fügte hinzu, daß nach der Findung des Vorstandes dieser unverzüglich die Grundlagen für ein zukünftiges Arbeitsprogramm erarbeitet wird.

IMPRESSUM

Verantwortlich: Peter Heinlein
Redaktion: Dörthe Jakubzik(ja)
Uwe Neumann(neu)
Uwe Busch(bu)
Sönke Klabunde(kla)
Grafik & Layout: Sönke Klabunde
Anschrift d. Red.: Lessingstraße 9
2357 Bad Bramstedt

Ein gesegnetes Weihnachtsfest
und gesundes neues Jahr
wünscht die SPD-Mannschaft

